

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	31. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	15. November 2016, 09:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Auszug aus dem Protokoll

(...)

Anträge Nrn. 5 – 6 (S. 25): Kein weiterer Stellenaufbau in der Stadtverwaltung (AfD, GfK)

Stadtrat Kalmbach (GfK): Es ist relativ schnell gesagt. Wir haben 2015 und 2016 einen Anstieg von 2,9 Mio. Euro, 2017 von 2,5 Mio. Euro und 2018 von 2,8 Mio. Euro an Neueinstellungen, nicht an Tarifsteigerungen, sondern permanente weitere kontinuierlicher Aufbau von Stellen. Das kann so nicht weitergehen.

Wir können jetzt einfach beliebig immer mehr Leute einstellen. Wir werden strukturell mit dem Haushalt nie wieder zu Rande kommen, wenn wir nicht jetzt Stopp sagen.

Stadtrat Bernhard (AfD): Ich möchte noch einmal eindringlich an unsere Ziel erinnern, mit dem wir irgendwann einmal gestartet sind, über 400 Mio. Euro in den nächsten 5 Jahren einzusparen. Es ist schon so, kein Unternehmen, keine Familie, niemand würde auf die Idee kommen, weitere Mitarbeiter einzustellen, wenn er so eine enorme Summe einsparen muss, wenn er nicht genügend Geld hat, wenn man im sozialen Bereich und überall sparen und Gebühren und Steuern erhöhen muss.

Bei der Stadt ist das anders. Allein in den vergangenen Jahren haben wir jährlich ungefähr den Personalbestand um 2 % erhöht. Ich könnte jetzt sagen, wir haben viele Aufgaben der GmbHs übernommen. Aber eigentlich, wenn wir die städtischen GmbHs anschauen, sieht es da ganz genauso aus. Da haben wir auch einen Personalanstieg in Summe. Auch für diesen Doppelhaushalt, in dem wir eigentlich sparen wollten, ist wieder ein erheblicher Stellenaufbau in der Stadt vorgesehen.

Wenn man dann auch noch weiß, dass in den nächsten Jahren allein die Personalkosten um jährlich 80 Mio. Euro steigen werden, dann ist ganz offensichtlich, dass eine nachhaltige Sanierung des Haushalts ohne einen Stopp der Schaffung neuer Stellen nicht möglich sein wird. Ich will noch einmal klar sagen, hier geht es nicht um Personalabbau, sondern es geht nur darum, keine neuen zusätzlichen Stellen zu schaffen. Das ist relativ klar, auch im Anschluss an das, was gerade eben diskutiert wurde, moderne Verwaltung, Struktur- und Prozessreform. Wir müssen uns auch über organisatorische Änderungen, wenn Aufgaben weg fallen, Gedanken machen. Oder wir müssen uns überlegen, welche Aufgaben weg fallen können.

Zudem müssen wir natürlich im Gemeinderat auch einmal überprüfen, ob wir jeden Antrag und jede Mitgliedschaft in jeder Vereinigung, die wieder Personalkosten verursacht, wirklich machen müssen. Eine nachhaltige Sanierung des Haushalts wird ohne den Stopp der Schaffung neuer zusätzlicher – ich betone immer: zusätzlicher – Stellen nicht möglich sein. Deshalb müssen wir jetzt die Bremse reinhauen und nicht, wenn es zu spät ist.

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): Beide Anträge gehen in die gleiche Richtung, kein weiterer Stellenaufbau bzw. eine Obergrenze für das städtische Personal. Das Anliegen, das Ziel ist berechtigt. Es hört sich gut an. Aber, meine Damen und Herren, das Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, ist nur bedingt tauglich. Zwei Gegenargumente.

Erstes Gegenargument: Es gibt gesetzliche Pflichtaufgaben. Da haben wir keine andere Wahl. Wenn wir die erfüllen wollen, müssen wir Stellen zu schaffen.

Zweites Argument: Es gibt schlicht und einfach Stellen, die geschaffen werden, die aus Anträgen aus der Mitte des Gemeinderates hervorgehen. Wenn Sie in den dicken Ordner schauen, der vor Ihnen liegt: Beide Antragsteller, die eine Grenze einziehen wollen, stellen heute Anträge zur Stellenmehrung. Das ist inkonsequent bzw. etwas freundlicher formuliert, es zeigt, dass es nicht so einfach ist.

Was wir brauchen, da stehen wir erst ganz am Anfang im Blick auf die nächsten Doppelhaushalte, ist eine Verständigung darüber, welche Serviceleistungen, welche Aufgaben der Stadt wir künftig reduzieren. Klar ist, dass wir mit vorhandenem Personal nicht immer mehr Aufgaben erfüllen können, bzw. mit einem möglicherweise reduzierten Personal nicht die identischen Aufgaben erfüllen können. Diese Grundsatzbemerkung will ich an der Stelle auch machen.

Aber noch einmal: Wir brauchen eine Verständigung über Reduktion von Service, von Aufgaben, und keine starre Grenze.

Stadträtin Fischer (SPD): Herr Dr. Käuflein hat es gerade ausgeführt, wenn es so einfach wäre. Wenn man schon allein schaut, was die AfD in diesem Haushalt an Stellenschaffungen für Kinderhorte und für KOD beantragt, dann haben sie sich selber bereits widerlegt.

Ich sehe aber das Problem. Das Hauptproblem bei den zusätzlichen Stellen, die wir haben, ist unser Landesgesetzgeber in vielen Teilen. Wenn ich nur daran denke, was wir z. B. im Ausschuss für öffentliche Einrichtungen im Bereich Forst in den letzten Jahren an Stellenzuwächsen haben, die auf landesgesetzlichen Vorgaben beruhen, dann sind uns da auch die Hände gebunden. Da können wir nur an unsere Parlamentarier im Landesparlament appellieren, hier etwas maßvoller zu sein.

Wo ich dabei bin, ist, was der Kollege Friedemann Kalmbach gesagt hat: Personaleffizienzprogramm. Ich denke, das macht unsere Verwaltung auch ständig, dass wir schauen, wo können wir unser vorhandenes Personal effizienter einsetzen. Wir wissen aber auch aus dem Personalausschuss, dass die Aufgabenverdichtungen in den letzten Jah-

ren beim bestehenden Personal ständig zugenommen haben. Da kann nicht mehr draufgesattelt werden. Auch keine Lösung ist die Übertragung von Aufgaben nach außen. Denn da machen wir uns auch nur etwas vor, wenn wir Stellen bei der Stadt einsparen und die uns woanders dann „kaufen“ würden. Insofern müssen wir ständig dran bleiben. Aber es gibt leider keine so einfachen Lösungen, wie sie uns hier vorgegaukelt werden.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Es ist eigentlich ganz simpel. Die Menge des Personals folgt der Menge der Aufgaben und der Struktur, wie sie da ist. Wenn wir die Strukturen verbessern, können wir Personal einsparen. Aber, wer erst Personal einspart und dann die Strukturen mit zu wenig Personal verbessern will, der lähmt sich selbst.

Stadtrat Høyem (FDP): Wir haben alle eine Sympathie für so einen Antrag. Aber – ich will das nicht zu arrogant sagen – das ist unglaublich naiv. Man kann keine moderne, flexible, dynamische Verwaltung mit so einer starren Haltung machen. Das geht ganz einfach nicht, hat mit Realität wenig zu tun.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Da liegt ein Missverständnis vor. Wir fordern nicht, dass keine neuen Stellen geschaffen werden. Wir fordern, dass netto keine neuen Stellen geschaffen werden, d. h. wenn wir in einen Bereich neue Stellen schaffen, müssen dafür in einem anderen Bereich Stellen abgebaut werden. Oder anders herum, wenn in einem Bereich Stellen nicht mehr notwendig sind, dann hat man Stellen frei, um in einem anderen Bereich welche aufzubauen. Deswegen ist es auch durchaus in Ordnung, dass wir fordern, dass an anderen Stellen mehr Stellen geschaffen werden, weil wir sagen, dass dann dafür an andere Stelle Stellen eingespart werden müssen. Wenn man sich einmal die Summe der Forderungen, die hier insgesamt aufgestellt werden, anschaut: Wir sind bei über 100 Mio. Euro mehr, die in den Anträgen stecken, die hier gestellt wurden. Bei unseren Anträgen ist es so, dass wir das, was wir mehr ausgeben wollen für Stellen beim KOD und für Stellen bei den Kinderhorten gegenfinanzieren mit Sparvorschlägen. Bei unseren Anträgen ist es so, dass wir unterm Strich, selbst wenn diese Stellen geschaffen werden, immer noch auf eine Einsparung von 30 Mio. Euro kommen. Deswegen kann man uns nicht vorwerfen, wir wollten hier zusätzliche Stellen schaffen. Es geht nicht darum, eine starre Grenze einzuführen, dass überhaupt keine Stellen mehr geschaffen werden dürfen. Sondern netto kann es nicht so weiter gehen, dass wir von Jahr zu Jahr immer mehr Stellen haben. Wir müssen uns, wie ein modernes Wirtschaftsunternehmen auch, auf die wichtigen Dinge konzentrieren.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Wir sind weder blöd noch naiv. Aber manches Mal hilft nur eine radikale Aussage, um etwas zu provozieren. Es ist gut, dass Sie sich so äußern. Aber ich bin nicht zufrieden damit, wenn man sagt, es geht nicht anders. Wir sagen, es geht anders. Wenn man sagt, man zieht irgendwo einen Strich, dann wird man den Strich vielleicht nicht ganz erreichen. Aber man hat zumindest eine Zielvorgabe. Einfach so weiter machen, dem wollen wir Einhalt gebieten. Nicht einfach sagen, wir brauchen es eben, die Strukturen geben es her, wir brauchen die Aufgabe. Man hat immer einen Schuldigen, entweder das Land oder jemand anderes. Man hat immer einen Grund, das zu rechtfertigen. Deswegen haben wir eine relativ starre Linie gezogen, um ein bisschen zu ärgern, um zu provozieren und an der Stelle auch etwas herauszukitzeln, dass es so nicht weitergeht.

Der Vorsitzende: Wenn jetzt hier angekündigt wurde, dass man für Stellenschaffungsanträge während der Haushaltsberatung an anderer Stelle Anträge hat, wo man vorschlägt, Stellen abzubauen – mir ist jetzt noch keiner in die Finger gekommen -, dann bitte ich nur die antragstellenden Fraktionen, darauf hinzuweisen. Denn das ist vielleicht für das Personal auch ganz interessant zu erfahren, wo da aus Ihrer Sicht Überkapazitäten sind.

Jetzt kommen wir zur Abarbeitung.

Antrag Nr. 5, AfD, kein weiterer Stellenaufbau: Es gibt 5 Zustimmungen, ansonsten **Ablehnung**.

Antrag Nr. 6, GfK: Das sind dieselben Mehrheit, 5 Zustimmungen, mehrheitlich **Ablehnung**.

(...)